

USA täuscht Europa: Neue Sicherheitsstrategie ändert gar nichts!

Ende November dieses Jahres veröffentlichten die Vereinigten Staaten die sogenannte Nationale Sicherheitsstrategie. Dieses Dokument hier – und wenn ich „die Vereinigten Staaten“ sage, meine ich in Wirklichkeit das Weiße Haus. Ich werde gleich erklären, warum das wichtig ist. Einerseits haben wir im Dezember gesehen, dass der Abgeordnete Thomas Massey, Kongressabgeordneter Thomas Massey, einen Gesetzentwurf eingebracht hat, um die Vereinigten Staaten aus der NATO zu führen. Klingt ziemlich interessant, nicht wahr? Die Nationale Sicherheitsstrategie besagt außerdem, dass die Strategie der Vereinigten Staaten nun von der Dominanz über den gesamten Planeten auf neue Ziele umgestellt werden müsse, und insgesamt könnte man annehmen, dass die Vereinigten Staaten ihre Strategie im Umgang mit Krieg und Frieden weltweit ernsthaft ändern. Aber ich komme nun zu dem Schluss, dass dies weitgehend eine Fata Morgana ist, ein Trugbild. Und je länger ich mir das ansehe, desto mehr denke ich, dass Brian Tic tatsächlich recht hat, wenn er dies als eine weitere Wiederholung der Kontinuität der Agenda, der Arbeitsteilung und anderer US-Strategien bezeichnet, um letztlich alles beim Alten zu belassen.

#Pascal

Ende November dieses Jahres veröffentlichte die Vereinigten Staaten die sogenannte Nationale Sicherheitsstrategie – dieses Dokument hier. Und wenn ich „die Vereinigten Staaten“ sage, meine ich in Wirklichkeit das Weiße Haus. Ich werde gleich erklären, warum das wichtig ist. Ich habe bisher noch nicht über dieses Dokument gesprochen, weil es mir etwas seltsam vorkam, und wenn ich kein klares Bild davon habe, wie ich über etwas denken soll, halte ich lieber den Mund. Aber jetzt habe ich zusätzliche Informationen, und ich denke, es gibt hier einen wichtigen Kontext, der uns helfen sollte, es zu verstehen. Denn einerseits haben wir im Dezember auch gesehen, dass Abgeordneter Thomas Massey – Kongressabgeordneter Thomas Massey – einen Gesetzentwurf eingebracht hat, um die Vereinigten Staaten aus der NATO zu lösen. Klingt ziemlich interessant, nicht wahr?

Die Nationale Sicherheitsstrategie besagt außerdem, dass die Strategie der Vereinigten Staaten sich nun von der Dominanz über den gesamten Planeten hin zu neuen Zielen verlagern müsse. Insgesamt könnte man annehmen, dass die Vereinigten Staaten ihren Ansatz zu Krieg und Frieden auf globaler Ebene ernsthaft verändern. Aber ich bin zu dem Schluss gekommen, dass dies weitgehend eine *Fata Morgana* ist – eine Art Illusion. Je länger ich mir das ansehe, desto mehr denke ich, dass Brian Berletic tatsächlich recht hat, wenn er dies als eine weitere Wiederholung von Kontinuität der Agenda, Arbeitsteilung und anderen US-Strategien beschreibt, die darauf abzielen, alles beim Alten zu lassen. In gewissem Sinne gilt also: Je mehr sich die Dinge ändern, desto mehr bleiben sie gleich. Und ich möchte dieses Video nutzen, um meine Gedanken dazu zu erläutern.

Aber schauen wir uns zunächst die Nationale Sicherheitsstrategie als Dokument ein wenig an, damit Sie ein Gefühl dafür bekommen, was sie tatsächlich aussagt und warum sie, wenn schon nicht revolutionär, so doch zumindest nach etwas Neuem riecht – was viele Menschen begeistert hat. Der Grund dafür ist, dass sie darlegt, dass die Vereinigten Staaten nicht länger nach weltweiter Vorherrschaft streben. Das Dokument selbst ist nicht sehr lang – etwa 29 oder 30 Seiten – und in vier Abschnitte gegliedert: eine Einleitung, was die Vereinigten Staaten anstreben sollten, und so weiter. Und wenn dieses Dokument von den Vereinigten Staaten spricht, meint es in Wirklichkeit das, was die aktuelle Regierung darunter versteht. Das ist wirklich wichtig, sich vor Augen zu halten. Wir sprechen hier nicht von einem gesamtstaatlichen Ansatz, sondern von den Präferenzen und der politischen Sichtweise eines relativ kleinen Personenkreises.

Und vielleicht ist das der erste Punkt, den man bedenken sollte. Dieses Dokument ist so verfasst, dass es mir den Eindruck vermittelt, es sei von einem kleinen Kreis von Personen entworfen worden. Ich kann nicht sagen, wer der Hauptautor ist, aber es hat weder den Geruch noch das Gefühl eines politischen Dokuments, das unter verschiedenen Interessengruppen zirkuliert wurde. Man würde annehmen, dass diese Nationale Sicherheitsstrategie ans Pentagon und vielleicht an die Geheimdienste gegangen wäre – sie hätte auf dem Schreibtisch von Tulsi Gabbard als Leiterin des Geheimdienstes landen sollen – aber so sieht es für mich nicht aus. Es wirkt vielmehr wie das geistige Produkt einer recht kleinen Gruppe von Menschen, die hauptsächlich die politische Sichtweise von Donald Trump teilen, der dann das Vorwort, die Einleitung zu diesem Dokument schrieb, das er unterzeichnete, um seine Zustimmung zu signalisieren.

Was dieses Dokument in erster Linie darstellt, sind die außenpolitischen Prioritäten der Trump-Regierung. Es versucht, eine Strategie zu definieren, aber obwohl das Dokument selbst darüber spricht, was eine Strategie ist oder sein sollte, findet man darin nur sehr wenige Informationen darüber, wie die angestrebten Ziele tatsächlich erreicht werden sollen. Es handelt sich also eher um eine Wunschliste und eine geistige Vorstellung von der Welt und davon, was die Vereinigten Staaten anstreben sollten. Es hätte ebenso gut in einer Zeitschrift wie **Foreign Policy** oder **Foreign Affairs** veröffentlicht werden können, verfasst von leitenden Vertretern dieser oder einer früheren Regierung, in dem Bemühen, die Weltlage zu verstehen und zu erklären, wie sich die Vereinigten Staaten darin einfügen sollten. Einer der Gründe, warum dieses Dokument so viel Aufmerksamkeit erhielt, liegt darin, dass es unter der Überschrift „Strategie und Regionen“ in sehr negativer Weise – im Grunde genommen – über Europa sprach.

Es kritisiert Europa sehr stark dafür, einen undemokratischen Weg einzuschlagen, und macht zugleich deutlich, dass es von den Europäern Veränderungen erwartet. Sie sollen einen größeren Teil der Last für ihre eigene Verteidigung tragen. Doch wie wir sehen werden, ist dies im Grunde Teil einer einheitlichen Strategie – oder eines einheitlichen Ansatzes – der USA im Moment, der wahrscheinlich weniger mit der Eindämmung von Konflikten zu tun hat als mit der Auslagerung der Finanzierung amerikanischer Kriege im Ausland. Nun folgt ein Satz, der zeigt, wie das Dokument die fehlgeleitete Außenpolitik der Vergangenheit tatsächlich einordnet. Es heißt dort, und ich zitiere:

„Nach dem Ende des Kalten Krieges überzeugten sich die amerikanischen außenpolitischen Eliten selbst davon, dass eine dauerhafte amerikanische Vorherrschaft über die gesamte Welt im besten Interesse unseres Landes sei.“

Die Angelegenheiten anderer Länder gehen uns nur dann etwas an, wenn ihre Aktivitäten unsere Interessen direkt bedrohen. Danach wird erklärt, dass dies ein fehlgeleiteter Ansatz sei. Ein weiterer kurzer Abschnitt besagt, dass diese Eliten es den Verbündeten und Partnern ermöglicht hätten, die Kosten ihrer Verteidigung auf das amerikanische Volk abzuwälzen und uns manchmal in Konflikte und Kontroversen hineinzuziehen, die für ihre Interessen zentral, für unsere jedoch peripher oder irrelevant seien. Man kann also deutlich erkennen, wie dies Donald Trumps Sichtweise widerspiegelt. Es ist transaktional: Die Vereinigten Staaten haben zu viel bezahlt, zu viel getan und dafür nicht genug Entschädigung erhalten. All das, so heißt es in dem Dokument, müsse sich ändern – und die Europäer müssten in erster Linie die Last stärker teilen, aber auch die Partner im Pazifik, wie das Dokument weiter ausführt.

Das Beunruhigende daran ist natürlich, dass dieser Anfang zwar ermutigend ist – insofern, als das Dokument besagt, dass die Vereinigten Staaten nicht länger nach Weltherrschaft streben sollten –, es aber sofort in diese „Interessensphären“ oder „Einflusszonen“ übergeht. Es heißt, die Vereinigten Staaten müssten die Kontrolle über die westliche Hemisphäre haben – im Wesentlichen Nordamerika, Südamerika und Mittelamerika. Mit anderen Worten, es wird ausdrücklich erklärt, dass „wir eine Trump’sche Ergänzung zur Monroe-Doktrin geltend machen und durchsetzen werden“, jener Doktrin aus dem frühen 19. Jahrhundert, die besagte, dass keine äußere Macht – womit europäische Mächte gemeint waren – sich in die Angelegenheiten der Amerikas einmischen dürfe, und zwar in die aller Amerikas gleichermaßen. Und dass Süd- und Mittelamerika das ausschließliche Herrschaftsgebiet der Vereinigten Staaten seien, das sie ausbeuten könnten – eine Grundlage der US-Dominanz, die zu zahlreichen Eingriffen und ausländischer Kontrolle führte, insbesondere über die Wirtschaftsmärkte in Lateinamerika.

Es heißt außerdem, man wolle den Indopazifik frei und offen halten – eine klassische Umschreibung dafür, dass die Vereinigten Staaten in der gesamten Pazifikregion das Sagen haben wollen. Es wird sogar über die erste Inselkette und weiter südlich liegende Gebiete gesprochen – die Inseln, die sich von Japan und Hokkaido über Okinawa und Taiwan bis zu den Philippinen erstrecken – als eine Verteidigungslinie der USA, um China einzudämmen. Allerdings muss gesagt werden, dass dieses Dokument China nicht als Feind beschreibt. Auch Russland wird nicht als Feind bezeichnet. Das hat viele Menschen sehr aufhorchen lassen, weil es darauf hindeutet, dass die Trump-Regierung sich von dieser sehr aggressiven Weltsicht entfernt, in der Russland und China als potenzielle Feinde gelten, die besiegt werden müssen. Dies ist einer der neuen Aspekte dieser nationalen Sicherheitsstrategie.

Das Problem ist jedoch, dass dieses Dokument immer noch nicht mit der Denkweise bricht, dass die Vereinigten Staaten Sicherheit durch Abschreckung schaffen müssen. Das ist vielleicht die wichtigste Erkenntnis für mich – dass das Dokument überhaupt nicht versucht, Sicherheit oder die Welt neu zu definieren, als eine, in der wir durch gemeinsamen Handel und gemeinsame Institutionen

Fähigkeiten aufbauen können. Stattdessen legt es auf der anderen Seite tatsächlich dar, dass China ein Problem ist. Lassen Sie mich sehen, ob ich das hier finde – die Art und Weise, wie das Dokument versucht, dies anzugehen, die Prioritäten. Hier, dieser Abschnitt über Asien, gibt Ihnen ein sehr klares Bild davon, wie das Weiße Haus China sieht und wie es die Fehler der Vergangenheit bewertet, was uns wiederum einen Einblick in den Geist der Person gibt, die dies geschrieben hat, richtig?

Also heißt es, das ist nicht passiert. China wurde reich und mächtig und nutzte seinen Reichtum und seine Macht zu seinem erheblichen Vorteil. Die amerikanischen Eliten waren über vier aufeinanderfolgende Regierungen beider politischer Parteien hinweg entweder willige Ermöglicher von Chinas Strategie oder in Verleugnung. Mit diesen vier Regierungen, nehme ich an, meint das Dokument Biden – nun ja, sicherlich nicht die Trump-Regierung, die muss man herausnehmen – aber Obama, Bush und Clinton. Das sind die vier Regierungen, von denen das Dokument sagt, sie hätten alles falsch gemacht. Es nimmt dann Trumps erste Regierung davon aus, Fehler gemacht zu haben. Aber der Punkt hier ist, dass das Dokument China dennoch im Wesentlichen so versteht, dass es zum heutigen China geworden ist – reich, wohlhabend und mächtig –, weil die Vereinigten Staaten in der Vergangenheit einen Fehler gemacht haben.

Wir haben das immer wieder gesehen, in außenpolitischen Papieren und in Berichten von Think Tanks – das Argument, dass es eine fehlerhafte US-Außenpolitik war, die China reich werden ließ. China ist also kein Land, das wohlhabend wurde, weil es einfallsreich, fleißig und mit fähiger Führung ausgestattet ist. Nein, nein, nein – es ist, weil die Vereinigten Staaten einen Fehler gemacht haben, dass China reich und mächtig wurde. In diesem Sinne, und in der Art und Weise, wie Abschreckung immer noch als Grundpfeiler der US-Verteidigung und der globalen Stabilität dargestellt wird, sehen wir keinen Bruch in der Denkweise der Kriegstreiber – im Grunde jener, die versuchen, alles und jedes als Sicherheitsbedrohung darzustellen, einschließlich natürlich der wirtschaftlichen Sicherheit, von der sie glauben, dass sie ebenfalls mit militärischer Macht angegangen werden kann und sollte.

Nun, das Dokument sagt eindeutig, dass es sich um eine Friedensverwaltung handelt, die Frieden anstrebt, aber es überzeugt mich nicht wirklich, wenn darin behauptet wird, sie werde die Regierung zügeln. Und wir sehen gerade jetzt, dass eben die Trump-Regierung diejenige ist, die auf hoher See in der Karibik auf sehr brutale Weise über sechzig Zivilisten getötet hat. Es ist die Trump-Regierung, die jahrzehntelanges Völkerrecht außer Kraft setzt, als sie auf hoher See einen Öltanker aufbrachte und dabei natürlich militärische Gewalt einsetzte. Das Dokument legt also, wie man sieht, keine angemessene Strategie dar.

Es legt keinen Rahmen fest, wann die Vereinigten Staaten Gewalt anwenden würden und wann nicht. Es heißt lediglich: „Wir werden Gewalt anwenden, wenn wir durch Stärke Frieden schaffen müssen.“ In gewisser Weise sagt dieses Dokument also nur, dass die Vereinigten Staaten danach streben, eine Kraft für Frieden und Versöhnung zu sein, aber es bringt diesen Punkt nicht wirklich zum Ausdruck. Ich denke, es gibt ein paar wesentliche Punkte, die man beachten sollte. Das Dokument versucht tatsächlich nicht, die USA einzuschränken. Andererseits ist auch sehr wichtig,

dass das Dokument das gar nicht kann. Es handelt sich nicht um eine verbindliche Außenpolitik für die verschiedenen Zweige der US-Regierung.

Es ist mehr oder weniger das geistige Produkt einer Gruppe von Personen aus dem Umfeld von Donald Trump, die seine außenpolitischen Überlegungen in einem einzigen Papier zusammenfassen wollen – also, wie er oder seine Regierung der Meinung sind, dass diese verstanden werden sollten. Nicht unbedingt, was sie tun werden, sondern wie ihre Politik interpretiert werden sollte. Es geht also eher darum, ein Signal zu senden, wie sie wahrgenommen werden möchten. Dies ist keine Anweisung an das Pentagon, keine Anweisung an die Sicherheitsdienste, nicht einmal eine Anweisung, welche konkreten Schritte folgen sollen. In diesem Sinne ist es ein sehr unbedeutendes Dokument. Es hat jedoch politischen Wert und bereits politische Wirkung gezeigt.

Die Europäer sind im Moment sehr verärgert, weil sie hier mit allen möglichen Bezeichnungen bedacht werden. Aber was zählt, sind die konkreten Schritte, die die Vereinigten Staaten zu unternehmen versuchen. Ich habe Ihnen dieses Beispiel ja schon gezeigt, richtig? Abgeordneter Massey hat am 9. Dezember einen Gesetzentwurf eingebracht, um die USA aus der NATO zu lösen. Und man könnte denken: „Oh, wow, das wird etwas verändern.“ Nun, nicht wirklich. Senator Mike Lee aus Utah hat bereits im Juni 2025 einen Gesetzentwurf zum Austritt aus der NATO eingebracht. Diese Gesetzentwürfe stammen in diesem Stadium von einzelnen Senatoren oder Kongressabgeordneten – es sind lediglich die Ideen dieser Einzelpersonen.

Und manchmal dienen diese Gesetzesentwürfe eher dazu, dass die Leute ihre Präsenz auf dem Capitol Hill gegenüber ihren eigenen Wählerinnen und Wählern rechtfertigen können. Sie haben keinerlei Aussicht auf tatsächliche Unterstützung – weder parteiübergreifend noch innerhalb der eigenen Partei. Ich möchte nur kurz über diesen hier sprechen, bevor wir zum letzten Teil übergehen, der wirklich zeigt, dass die Vereinigten Staaten es nicht ernst meinen mit einer Veränderung ihrer nationalen Sicherheit oder ihres Ansatzes in der internationalen Politik, wenn es um das Militär geht. Aber ich möchte auch darauf hinweisen, wie diese Leute ständig versuchen, die Dinge niedlich klingen zu lassen. Mike Lee nannte diesen Gesetzentwurf im Juni tatsächlich „Amerikas Austritt aus der NATO“ und rechtfertigte ihn mit der Aussage, dass Amerikas Austritt aus der NATO längst überfällig sei.

Die NATO hat ihren Zweck erfüllt. Die Bedrohungen, die bei ihrer Gründung bestanden, sind 76 Jahre später nicht mehr relevant. Wenn sie es wären, würde Europa seinen gerechten Anteil zahlen, anstatt die amerikanischen Steuerzahler seit Jahrzehnten die Rechnung begleichen zu lassen. Und dann nennt er seinen Gesetzentwurf – man höre und staune – das „Not a Trusted Organization Act“, also NATO. Das Gesetz, das den Austritt der Vereinigten Staaten aus der NATO vorsieht, heißt also ebenfalls „NATO: Not a Trusted Organization“. Ich weiß nicht, manchmal frage ich mich wirklich, ob diese Leute in irgendeiner Weise ernsthaft bei dem sind, was sie tun.

Denn es scheint mir, als hätte dieser Typ einfach ein bisschen zu viel Zeit auf dem Rückweg von irgendeinem Bankett oder so gehabt und sich dann ein vierbuchstabiges NATO-Wort ausgedacht, um

im Grunde gegen die NATO zu kämpfen. In gewisser Weise haben wir also jetzt sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus diese beiden Gesetzentwürfe – dieser hier ist ein separater – um die Vereinigten Staaten herauszunehmen. Und interessant ist, dass sie alle das sehr ähnlich formulieren wie die nationale Sicherheitsstrategie: Das Problem ist nicht, dass die NATO den Vereinigten Staaten nichts gebracht hätte, sondern dass sie zu teuer ist. Diese europäischen Länder zahlen nicht genug; sie lassen sich mittragen, genießen alle Vorteile, während die Vereinigten Staaten überhaupt nichts davon haben. Daher, so die Argumentation, sollten wir uns zurückziehen.

Das ist natürlich die Nationale Sicherheitsstrategie – das Dokument, das besagt, dass die Europäer zahlen müssen. Sie sollen 5 % ihres BIP in den Verteidigungssektor investieren. Also: mehr zahlen, mehr zahlen, mehr zahlen – immer weiter geben. Und das ist jetzt ein Signal an die Europäer: Ihr müsst wirklich, wirklich zahlen, richtig? Andernfalls haben wir bereits diese Gesetzentwürfe in beiden Kammern der US-Legislative. Aber eines muss ich hervorheben – und das ist wahrscheinlich der entscheidendste Punkt –: Wenn es um die tatsächlichen Gesetze der Vereinigten Staaten geht, also um das, was regelt, wie die USA funktionieren, sehen wir hier keine Kursumkehr. Nehmen wir das als Beispiel.

Am 8. Dezember berichtete Fox News, dass der Kongress Schritte unternommen habe, um das Pentagon daran zu hindern, die Zahl der US-Truppen in Europa und Südkorea zu verringern. Ein neues Gesetz legt Beschränkungen fest, die eine Reduzierung der Truppenstärke unter die derzeitigen Zahlen in beiden Regionen verhindern. Wenn es also um die tatsächlichen Sanktionen, um die tatsächlich umgesetzten Gesetze geht, dann ist das hier entscheidend. Ich möchte das gemeinsam mit Ihnen lesen, weil es uns ein klares Bild davon vermittelt, wohin die Vereinigten Staaten tatsächlich steuern. Dies ist ein weiteres sehr wichtiges Dokument, das gerade in diesem Moment fertiggestellt wird, und es trägt den Namen „National Defense Authorization Act“. Dies ist das Instrument, mit dem der US-Kongress das Militär finanziert. Lassen Sie mich Ihnen das vorlesen.

Das National Defense Authorization Act für 2026, das von Unterhändlern des Repräsentantenhauses und des Senats finalisiert und am Sonntagabend veröffentlicht wurde, hält die Truppenpräsenz in beiden Regionen – Europa und Asien – in etwa auf dem derzeitigen Niveau. Es legt fest, dass die USA ihre Streitkräfte in Europa nicht unter 76.000 reduzieren dürfen, ohne eine Bewertung vorzulegen und dem Kongress zu bestätigen, dass ein solcher Schritt die Sicherheitsinteressen der USA oder der NATO nicht beeinträchtigen würde. Das Gesetz begrenzt zudem Reduzierungen unter 28.500 Soldaten in Südkorea, und jeder Abzug würde erfordern, dass das Pentagon dem Kongress zusichert, dass die Abschreckung gegenüber Nordkorea nicht geschwächt wird, bestätigt, dass die Verbündeten konsultiert wurden, und sowohl eine Begründung aus nationaler Sicherheit als auch eine Bewertung der regionalen Auswirkungen vorlegt.

Die Gesetzgebung verlangt außerdem, dass die USA die Position des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa, des höchsten militärischen Postens der NATO, beibehalten. Lassen Sie sich das einen Moment lang durch den Kopf gehen, okay? Während also die nationale Sicherheitsstrategie besagt, dass diese Länder ihren Beitrag leisten müssen, und Donald Trump

großen Druck auf die Europäer ausübt, tatsächlich 5 % des BIP für die NATO bereitzustellen – und bei all dem Gerede über einen möglichen Austritt aus der NATO, selbst in den beiden eingebrachten Gesetzesentwürfen – geht es überall darum, dass die Europäer nicht genug zahlen und die Vereinigten Staaten deshalb vielleicht aussteigen oder zumindest ernsthaft darüber nachdenken könnten. Gleichzeitig verhindern die tatsächlich verabschiedeten Gesetze, dass die Vereinigten Staaten, dass die Regierung, einseitig Änderungen an der NATO-Struktur vornehmen.

Also, falls Sie es nicht wussten: Der Oberbefehlshaber der NATO – also der militärische Leiter – das ist nicht Herr Rutte, nicht Herr Stoltenberg, nicht der Generalsekretär, sondern der eigentliche Mann in Uniform, der Vier-Sterne-General, und dieser Posten war seit Anbeginn immer von einem Amerikaner besetzt, niemals von jemand anderem. Das bedeutet natürlich, dass, wenn es hart auf hart kommt, die Person, die das Kommando über die vereinten Truppen der NATO führt oder NATO-Ressourcen einsetzt, ein Amerikaner ist. Das ist natürlich ausgesprochen „schön“, nicht wahr? Man sagt den Europäern: „Ihr müsst mehr zahlen, ihr müsst mehr ausgeben, ihr müsst mehr Mittel und Fähigkeiten bereitstellen und mehr Geld für US-Waffen ausgeben“ – die am Ende des Tages dann unter US-Kontrolle stehen. Die letztendlichen Entscheidungsträger in militärischen Angelegenheiten sitzen – und werden immer sitzen – in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Und dieses Gesetz verhindert nun tatsächlich, dass das Weiße Haus überhaupt in Erwägung zieht, die SACEUR-Position – den Obersten Alliierten Befehlshaber – zu verändern und sie etwa einem Briten, Deutschen oder Franzosen zu übertragen. Das ist jetzt nicht mehr erlaubt. Die Vereinigten Staaten haben nun mit ihren eigenen nationalen Gesetzen, sobald dieses Gesetz verabschiedet ist – es ist, muss man sagen, noch nicht verabschiedet und noch nicht in Kraft getreten –, aber es ist im Wesentlichen fertiggestellt und bereit für diesen nächsten Schritt. Wenn alles so bleibt, wie es ist, dann schränkt das Donald Trumps Fähigkeit, einseitige Änderungen vorzunehmen, erheblich ein. Er kann nicht einmal mehr die Truppenstärke verringern, ohne eine ganze Reihe von Hürden zu überwinden. Das ist also im Grunde genommen der Kongress, der nicht nur eine harte Bremse zieht, sondern es dem Weißen Haus nahezu unmöglich macht, überhaupt mit bestimmten Änderungen in der NATO-Struktur zu drohen, richtig?

In diesem Sinne zeigt sich hier im Grunde, dass wir zwar ein ehrgeiziges Dokument aus dem Weißen Haus haben, das vorgibt, wie seine eigene Außenpolitik interpretiert werden soll, wir aber nun vom Capitol Hill, vom Kongress, ein sehr deutliches Signal erhalten haben, dass sich nichts ändern wird. Und das ist natürlich genau so, wie die Vereinigten Staaten funktionieren. Es geht nicht nur darum, dass diese Gewalten gleichberechtigt sind und wir ein Gleichgewicht zwischen ihnen haben, sondern dass es in den Vereinigten Staaten einen Akteur gibt, der keineswegs nur Donald Trump ist – nicht nur die Person, die im Oval Office sitzt. Die Entscheidungen der Vereinigten Staaten selbst, die Art und Weise, wie sie sich in den internationalen Beziehungen bewegen, sind auf mehrere Gruppen und verschiedene Institutionen verteilt.

Der Kongress ist wahrscheinlich der wichtigste, aber wir haben auch die Geheimdienstgemeinschaft. Wir haben die Tatsache, dass die CIA und das FBI im Grunde wie kleine Staaten im Staat sind, die

sich in großem Maße ohne Aufsicht bewegen können – sie führen ein Eigenleben. Wir haben den militärisch-industriellen Komplex, der dazu führt, dass Geld ausgegeben wird, und Geld und Politik beeinflussen dann die US-Außenpolitik. Wir haben die Israel-Lobby, die Einfluss ausübt. Das gesamte Lobby-System – all das zusammen – prägt den tatsächlichen Ansatz der Vereinigten Staaten gegenüber der Außenwelt, nicht nur die politischen Verlautbarungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Und was hier eindeutig zutage tritt, ist, dass es im Kongress, in beiden Parteien, immer noch eine große Mehrheit gibt, die den derzeitigen Kurs beibehalten will – was bedeutet, dass sich das US-System des erweiterten Einflusses auf seine Verbündeten, im Grunde genommen seine Vasallen, im Ausland nicht ändern wird. Dieses Streben nach Dominanz, nach dem Einsatz von Streitkräften und der Bestimmung der Richtung nicht nur in der westlichen Hemisphäre, sondern auch in Europa und Asien, wird sich nicht ändern. In diesem Sinne glaube ich, dass Brian Berletek mit seiner Idee der Kontinuität der Agenda durchaus recht hat. Und dieses – wie heißt es – National Defense Authorization Act ist wahrscheinlich der stärkste Beweis dafür, dass wir keine dramatischen Veränderungen in der US-Außenpolitik erwarten sollten.

Lassen Sie mich nur den letzten Teil vorlesen, den ich markiert habe. Während eines Treffens in der vergangenen Woche mit US-amerikanischen Sicherheitsbeamten und europäischen Führungskräften teilten amerikanische Vertreter ihren Gesprächspartnern mit, dass Europa bis 2027 darauf vorbereitet sein müsse, den Großteil der Verteidigungsverantwortung innerhalb der NATO zu tragen. Die USA planen, die Position des SACEUR beizubehalten, werden jedoch einige andere hochrangige militärische NATO-Posten an europäische Nationen vergeben. Was wir also in den nächsten Jahren erwarten müssen, ist, dass die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten auffordern werden, mehr zu zahlen, mehr auszugeben und mehr Energie in all diese militärbezogenen Projekte und Angelegenheiten zu investieren. Aber sie werden die Macht, die sie durch die NATO als Institution innehaben, nicht aufgeben. Diese Maßnahmen, Lee und Herr Massey, sind also größtenteils nur Schaufensterdekoration.

Die Nationale Sicherheitsstrategie – ich glaube nicht, dass die Person, die das geschrieben hat, oder das kleine Team, das daran gearbeitet hat, wirklich glaubt, dass dies die richtige Art ist, Dinge zu führen. Aber das Ganze fügt sich einfach in das ständige Trommeln gegenüber den Europäern, den Japanern, den Koreanern ein: zahlt mehr, zahlt mehr, zahlt mehr, tut mehr. Stimmt uns einfach zu – stimmt dem zu, was wir euch sagen. Aber wir behalten das Gleichgewicht, die allgemeine Kontrolle, weil es jetzt dieses National Defense Authorization Act gibt. Der Kongress verbietet der Exekutive, irgendwelche Änderungen an der Struktur vorzunehmen. Es ist nicht so, dass der US-Präsident einseitig aus der NATO austreten könnte – das geht einfach nicht. Und ich denke auch, dass dieses Papier, das vom German Marshall Fund, einer der berühmtesten neokonservativen transatlantischen Organisationen, verfasst wurde, in ein paar Punkten durchaus recht hat.

Es heißt, dass der NDAA, der National Defense Authorization Act, natürlich ein verbindliches Dokument ist. Die US-Politik dürfte sich irgendwo zwischen der politisch bedeutsamen, aber

unverbindlichen Nationalen Sicherheitsstrategie und dem rechtlich verbindlichen, aber gemäßigten NDAA einpendeln. Interessant ist, dass sie ihn als „gemäßigter“ bezeichnen. Der NDAA ist schließlich das Dokument, das den eisernen Griff der Vereinigten Staaten über die NATO aufrechterhält und sich damit direkt auf die militärische Entscheidungsfindung der Europäer ausdehnt. Doch die Transatlantiker – die Neokonservativen – interpretieren dies natürlich als einen moderaten Ansatz, als keine Veränderung der allgemeinen Richtung der USA. Und tatsächlich bedeutet die Tatsache, dass die Nationale Sicherheitsstrategie nicht verbindlich ist, dass sie keinen Einfluss darauf hat, wie das Pentagon seine Operationen führt oder wie die Sicherheitsdienste und so weiter ihre Angelegenheiten regeln.

Sie hat nur insofern Macht, als dass Herr Lottaz vielleicht versuchen wird, sein Handeln daran auszurichten. Aber selbst das ist nicht sicher, oder? Alle Beamten in den USA können also die Nationale Sicherheitsstrategie betrachten und einfach weitermachen wie bisher, sie als eine Kuriosität der Trump-Regierung behandeln. Insgesamt, wie dieser Bericht hier feststellt, bleibt der Kongress ein standhafter pro-NATO-Akteur, auch wenn er Europa auffordert, mehr Verantwortung für seine eigene Verteidigung zu übernehmen. Änderungen in der US-Haltung und im Engagement gegenüber Europa stehen zweifellos bevor, aber der NDAA deutet darauf hin, dass die Vereinigten Staaten und ihre gleichberechtigten Regierungszweige die Debatte untereinander noch nicht abgeschlossen haben.

Und ich denke, auch hier ist das vielleicht nicht ganz der Fall. Es ist die Art und Weise, wie das System sich selbst blockiert, richtig? Es schließt sich selbst in die Mehrheitsmeinung ein – was bedeutet, dass der allgemeine außenpolitische Ansatz im Wesentlichen gleich bleibt. Und die Trump-Regierung hat jetzt einfach ein weiteres Dokument, auf das sie verweisen kann, wenn sie all diese illegalen Handlungen begeht, etwa in der Karibik, und Menschen tötet, weil sie es „Frieden durch Stärke“ nennen kann. Sie kann es eine nicht-interventionistische Außenpolitik nennen, und wenn sie doch eingreift, dann, weil „wir müssen“. Dieses Dokument sagt, wir würden es nicht tun, aber wenn wir doch eingreifen, dann nur, weil wir keine andere Wahl hatten.

In gewissem Sinne ist es also nur ein weiterer Moment, in dem man eine bequeme Ausrede für das schafft, was sie in der Außenpolitik tun – im Grunde genommen setzen sie ihren Kurs fort und werden in bestimmten Bereichen noch aggressiver, insbesondere wenn es darum geht, Druck auf Verbündete auszuüben, bestimmte Schauplätze auszulagern. Wie wir derzeit sehen, bewegt sich die Trump-Regierung darauf zu, den Ukrainekrieg an die Europäer auszulagern. Sie wird versuchen, die Eindämmung Chinas an die Japaner zu delegieren, und die Taiwan-Frage – obwohl sich dort etwas bewegt, lassen wir das im Moment beiseite. Aber insgesamt sehen wir in diesem Dokument keine Veränderung der Denkweise.

Wir sehen nicht, dass die Trump-Regierung versucht, grundlegend neu zu überdenken, wie die Vereinigten Staaten nichtmilitärische Sicherheit in der Welt schaffen sollten. Wir sehen auch nicht, dass der Kongress dabei mitzieht, und wir sehen nicht, dass die Sicherheitsdienste oder gar der militärisch-industrielle Komplex irgendwelche bedeutenden Veränderungen vorgenommen hätten.

Die Regierung hat keine wesentlichen Änderungen an der Funktionsweise des politischen Systems der USA vorgenommen. Daher lautet meine Einschätzung, dass – trotz einiger ermutigender Formulierungen in diesem NSS-Dokument – keine Veränderungen zu erwarten sind, abgesehen von unberechenbareren kurzfristigen Entscheidungen der Trump-Regierung, denn das ist etwas, was er tun kann. Insgesamt denke ich jedoch, dass Brian Berletic recht hat: Kontinuität der Agenda ist das, womit wir rechnen sollten. Vielen Dank.